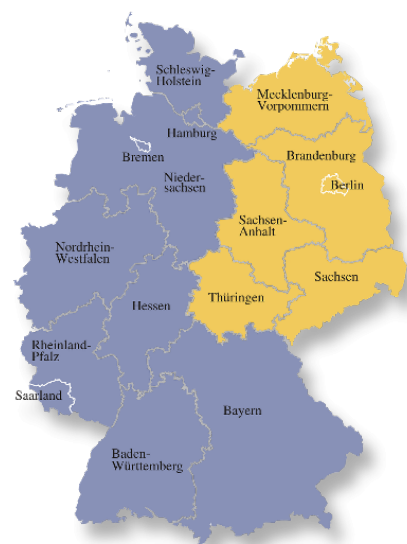


Deutschland vereinbart Übergangsfrist für Online Casinos

Werbung



Nach Berichten in der deutschen Presse einigten sich die Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer trotz einiger Widerstände darauf, keine rechtlichen Schritte gegen die derzeit auf dem unregulierten Markt



angebotenen Online-Spielautomaten einzuleiten, eine Amnestie-Idee, die ursprünglich im Juli vorgelegt worden war.

Die Vorschläge, auf die sich nun alle 16 Bundesländer geeinigt haben, decken den Zeitraum zwischen dem 15. Oktober 2020 und dem 1. Juli 2021 ab. Nach diesem Datum tritt ein neuer Staatsvertrag (IST) in Kraft. Diese Ankündigung ist eine gute Nachricht für die Betreiber, von denen viele befürchteten, sie müssten ihre Dienste einstellen, bis der neue Vertrag in Kraft tritt.

Die Übergangsregelungen gelten bis zur Verabschiedung neuer Gesetze, die sich derzeit auf der Ebene des Notifizierungsverfahrens bei der Europäischen Union befinden. Im Falle der Verabschiedung ist die Einführung einer neuen Steuerregelung für Online-Glücksspiele sowie die Einrichtung einer landesweiten Regulierungsbehörde wahrscheinlich, die ihren Sitz voraussichtlich in Sachsen-Anhalt haben wird, dem nach Fläche achtgrößten Bundesland in Deutschland und dem elftgrößten Bundesland nach Bevölkerung.

Die Unsicherheit des deutschen Glücksspielmarktes ist vorbei, nachdem sich die 16 Bundesländer des Landes auf eine Übergangsfrist geeinigt haben, die es den Betreibern erlaubt, weiterhin Online Dienstleistungen für Glücksspiele für den lukrativen deutschen Markt anzubieten. Vorausgesetzt, sie halten sich an strenge Vorschriften, die in der neuen Gesetzgebung enthalten sind.

Deutschlandweit tätige Online Casino Betreiber haben bis zum 15. Oktober Zeit, um sich an die geltenden Regulierungsentwürfe zu halten. Bei Nichteinhaltung könnten die Betreiber ihre Lizenzanträge ablehnen lassen, wenn der vollständig legalisierte Markt im Juli 2021 in Kraft tritt.

Von der Rechtsdurchsetzung zur Unterbringung

Die deutschen Bundesländer haben sich darauf geeinigt, Online Casinospiele vor der Einführung der neuen Verordnung im Juli 2021 übergangsweise zuzulassen, sofern die Betreiber sich an den neuen Rechtsrahmen halten. Die Frist für die Einhaltung der bevorstehenden neuen Glücksspielgesetzgebung ist der 15. Oktober.

Das Regierungspräsidium Darmstadt, die Aufsichtsbehörde im Rahmen des dritten Zusatzes zum Glücksspielstaatsvertrag, hatte eine Verbotsvorfügung gerichtlich anfechten und blockieren lassen, was im Wesentlichen dazu führte, dass es

seinen Ansatz überdenken und sich eher in Richtung Anpassung als in Richtung Durchsetzung bewegen musste.

Online-Unternehmen, die derzeit auf dem unregulierten Markt tätig sind, werden Schritte umsetzen müssen, die in der vierten Novelle in Bezug auf Spielerschutzrichtlinien und Maßnahmen zur Bekämpfung der Spielsucht festgelegt sind. Bis Mitte Oktober wird von allen Betreibern erwartet, dass sie sich auch an die Gesetzgebung halten, die ab 1. Juli 2021 in Bezug auf jede Vertikale in Kraft treten wird.

Neue Glücksspiel-Limits

Während der sogenannten Übergangszeit müssen die Online-Slots ein Einsatzlimit von 1€ pro Spin einführen und Online-Tischspiele wie Blackjack und Roulette werden nicht erlaubt sein. Tischspiele sollen getrennt vom Automaten Spiel angeboten werden, und jeder Staat kann sich dafür entscheiden, seiner staatlichen Lotterie ein Monopol auf diese Vertikale zu gewähren.

Das breite monatliche Ausgabenlimit von 1.000 € wird für alle Spieler gelten, wobei die Betreiber jedoch die Möglichkeit haben, das Limit auf Wunsch auf bis zu 10.000 € zu erhöhen, vorausgesetzt, dass für den Spieler ein maximaler Einsatzbetrag sowie ein spezielles Verlustlimit von maximal 20% der maximalen Ausgaben festgelegt wird.

Die Betreiber werden auch die Möglichkeit haben, die Ausgabenobergrenze für einige ihrer Spieler auf bis zu 1 % der insgesamt registrierten Spieler zwischen 10.000 und 30.000 € zu erhöhen. Diese Spieler müssen mindestens 21 Jahre alt sein und einer verstärkten Sorgfaltspflicht und anschließenden Überwachung unterliegen.

Spielern, die gegen eine dieser Bedingungen verstoßen, wird ihre befristete Betriebsgenehmigung entzogen und höchstwahrscheinlich wird ihnen im nächsten Jahr der Erhalt einer Lizenz verwehrt.

Eine Einigung zu erzielen war für die Bundesländer nicht einfach, da einige von ihnen, das Saarland, Sachsen-Anhalt und Bremen, argumentierten, dass Betreiber, die Online-Casinos für deutsche Spieler anbieten, weiterhin verfolgt und stillgelegt werden sollten, bis der regulierte Markt in Betrieb geht. Sie bestanden darauf, dass eine Übergangszeit zulasten des Kundenschutzes ginge und Schwierigkeiten bereiten würde, eine Entscheidung rückgängig zu machen, falls die anstehende Gesetzgebung nicht ratifiziert wird, wie sie derzeit von der Europäischen Kommission geprüft wird.

Die Vereinbarung, Online-Spiele bis zum Inkrafttreten des neuen Regulierungsrahmens zuzulassen, rief Kritik von problematischen Glücksspielgruppen im Land hervor. Der Vorsitzende des nationalen Beirats für Spielsucht, Hans-Jürgen Rumpf, bezeichnete die Vereinbarung als „Freifahrtschein für illegale Anbieter“, die nun dafür belohnt werden, dass sie so lange im unregulierten Markt tätig waren.

Werbung

